



Bundesministerium  
für Ernährung  
und Landwirtschaft



Hintergrundpapier

# Sonderkonferenz Politik gegen Hunger

04. – 05. Juni 2024 in Berlin, 20 Jahre Freiwillige Leitlinien für das Recht auf angemessene Nahrung – Erfahrungen, Erfolge und Ausblick

# Twenty Years of Action: Advancing the Human Right to Adequate Food

## Sonderkonferenz „Politik gegen Hunger“: Warum?

2024 würdigt die Weltgemeinschaft einen wichtigen Meilenstein für die Umsetzung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung: Das 20-jährige Bestehen der 2004 verabschiedeten „Freiwilligen Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf Nahrung im Kontext nationaler Ernährungssicherung“ der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

Der Blick auf die aktuelle Ernährungssituation weltweit zeigt den dringenden Handlungsbedarf: Hunger, Fehl- und Mangelernährung nehmen bereits seit zehn Jahren wieder zu. Die Erreichung des Nachhaltigkeitsziels SDG 2 „Kein Hunger (Zero Hunger)“ bis 2030 ist akut gefährdet. Rund 735 Mio. Menschen und damit fast jeder zehnte Mensch leiden Hunger. Die Folgen der Covid 19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben die Risiken für die Ernährungssicherung weiter verschärft. Zudem bedrohen multiple Krisen wie die Klimakrise, der Biodiversitätsverlust und Konflikte und Kriege die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung.

Das Menschenrecht auf Nahrung ist Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard und enthält das Recht eines jeden, frei von Hunger und allen Formen der Fehlernährung zu sein. Die „Freiwilligen Leitlinien“ konkretisieren nunmehr seit 20 Jahren dieses Menschenrecht. Demnach muss Nahrung angemessen, jederzeit verfügbar, zugänglich und bezahlbar sein. Um diesem Ziel näherzukommen, müssen wir agrarökologische Verfahren stärken, um Biodiversität und Ressourcen zu schützen. Wir müssen Frauen und junge Menschen sowie benachteiligte Gruppen befähigen, die Landwirtschaft und den ländlichen Raum als gleichberechtigte Akteurinnen mitzugestalten, um das Wissen aller einzubinden. Wir müssen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern besonders fördern, um Nahrungsvielfalt und traditionelles Wissen zu sichern und so darauf hinwirken, dass Nahrungsmittelimport-Abhängigkeiten abgebaut

werden. Der Schlüssel für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung ist eine nachhaltige, menschenrechtsbasierte Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme auf der Basis funktionierender regionaler und lokaler Produktion.

Auf der „Politik gegen Hunger“-Konferenz möchte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit allen Teilnehmern der Transformationskraft der „Freiwilligen Leitlinien“ zwanzig Jahre nach ihrer Verabschiedung nachgehen. Wie könnte eine Agenda für das Recht auf Nahrung bis 2034 aussehen? Was braucht es, um die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung in den kommenden Jahren voranzubringen? Welchen Beitrag kann jeder einzelne von uns leisten, um dieses Ziel zu unterstützen?

### Ziel der Sonderkonferenz „Politik gegen Hunger“

„Nur mit der Transformation unserer Agrar- und Ernährungssysteme, kann die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung gelingen“, so Bundesminister Özdemir.

Mit internationalen und nationalen Akteurinnen und Akteuren, mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft wollen wir uns über Erfolge und Herausforderungen bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung im Plenum und in nach Akteursgruppen und Stakeholdern aufgeteilten Arbeitsgruppen austauschen. Wir wollen diskutieren, was die Freiwilligen Leitlinien bewirkt haben und was wir zukünftig gemeinsam erreichen wollen. Wie können wir Armut, Diskriminierung und soziale Ungerechtigkeit als strukturelle Gründe für Hunger und Fehl- und Mangelernährung adressieren? Ausgehend von einer internationalen Bestandsaufnahme, werden wir auch den Blick nach Deutschland richten. Wie ist es um die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung in Deutschland bestellt?

Erfolgsversprechende Politikansätze in Partnerländern sollen ebenso vorgestellt, wie politische Strategien der Partizipationsmöglichkeiten miteinander diskutiert werden. Wie können Stimmen und Bedürfnisse besonders betroffener Gruppen besser in die Gestaltung und Umsetzung von Programmen einbezogen werden? Gerade Frauen, Kinder, Jugendliche, indigene Völker, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Arbeiterinnen und Arbeiter in der Landwirtschaft, landlose Bäuerinnen und Bauern sind am stärksten von Diskriminierung und Armut und damit zwangsläufig von Ernährungsunsicherheit betroffen. Ihren Stimmen wollen wir Raum geben. Wie können junge Menschen in die Gestaltung und Umsetzung von politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Hunger und Fehlernährung einbezogen werden? Wie können Frauen und Mädchen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen in der Landwirtschaft erhalten?

Wir wollen aber auch zeigen, wie Aspekte der Freiwilligen Leitlinien in den Bereichen Forschung, Bildung, Kapazitätsaufbau, Innovationsförderung und Wissenstransfer bereits umgesetzt werden.

Auch interessiert uns die Frage nach der gesunden Ernährungsumgebung für alle. Politikansätze in Deutschland sollen vorgestellt und mit denen anderer Länder exemplarisch verglichen werden. Welche Politikinstrumente zeigen Erfolge für eine nachhaltige und gesundheitsfördernde Ernährung? Wo können wir voneinander lernen und was muss stärker in den politischen Fokus von Regierungen gerückt werden?

Diese Sonderausgabe der „Politik gegen Hunger“-Konferenz zielt auf eine ehrliche Bestandsaufnahme von Erfolgen, Versäumnissen sowie künftigen Herausforderungen bei der Verwirklichung des Rechts auf Nahrung.

Das Ziel der Konferenz ist es, konkrete Impulse für eine rechthebasierte Transformation der Ernährungssysteme zu geben und diese in die internationalen Prozesse einzuspeisen. Wir wollen einen konkreten Beitrag für die Vorbereitung der 52. Plenardebatte des Welternährungsausschusses (Committee on World Food Security, CFS) im Oktober 2024 leisten und diesen dabei unterstützen, im Jubiläumsjahr ein entschlossenes Bekenntnis zur Stärkung des Rechts auf Nahrung zu formulieren. Aber auch den UN Food Systems Summit, das High Level Political Forum (HLPF), der Summit of the Future, G7 und G20 Prozesse müssen wir nutzen, um eine rechthebasierte Transformation der Ernährungssicherung weltweit voranzubringen.